

Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der Wochr. Monatsbeilage „Stachel und Hammer“ und den wöchentlich bzw. 14 täg. erscheinenden Beilagen „Leibzue“, „Die rote Stachel“, „Der Sozialrat“, „Die Gewerkschaft“

Anzeigendreis: Die halbjährliche Anzeigensätze ab. deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Bekanntmachungsanzeigen 4 Goldpfennig. — Kella me-pret: Die Anzeigensätze 4 Goldpfennig ober deren Raum im Wert 30 Goldpfennig.

Dienstag, 3. Juni 1924

Abdruckpreis: Bei wöchentlich 5 maligem Abdruck monatlich 2. — Bei wöchentlich 10 maligem Abdruck monatlich 10. — Bei wöchentlich 20 maligem Abdruck monatlich 20. — Bei wöchentlich 30 maligem Abdruck monatlich 30. — Bei wöchentlich 40 maligem Abdruck monatlich 40. — Bei wöchentlich 50 maligem Abdruck monatlich 50. — Bei wöchentlich 60 maligem Abdruck monatlich 60. — Bei wöchentlich 70 maligem Abdruck monatlich 70. — Bei wöchentlich 80 maligem Abdruck monatlich 80. — Bei wöchentlich 90 maligem Abdruck monatlich 90. — Bei wöchentlich 100 maligem Abdruck monatlich 100. — Fernsprecher: Breslau, Mina 8937.

Antek wird freigelassen!

Breslau, 2. Juni.

Wie uns aus dem Reichstag telephonisch mitgeteilt wird, ist die Freilassung des Genossen Anton Jabbasch beschlossen worden; der Reichstag ist Montag nachmittag 3 Uhr zur neuen Sitzung zusammengetreten, um die dringlichen Haftentlassungsanträge der kommunistischen Fraktion zu behandeln.

Seit Monaten liegt Antek im Steinwälder Gefängnis; zuerst in „Schuhhaft“, als dann die Militärdirktatur den zivilen Ausnahmezustand verhängte (den diese Herrn Sozialdemokraten in la Gebering im Dienste der kapitalistischen Gewalthaber so schneidig gegen die Arbeiter zu handhaben wissen), da hat man schnell noch die Untersuchungshaft über unsern Antek verhängt; genau so heimtückisch hat man es in tausend andern Fällen gemacht. Und überall gibt es solche sozialdemokratische Polizeipräsidenten, solche Beck's, wie wir sie in Oberschlesien haben.

130 000 Proleten haben den Antek ins Parlament gewählt — aber Antek saß im Gefängnis. Dreidreieriertel Millionen Proleten in Deutschland haben 62 kommunistische Genossen in den Reichstag gewählt — aber 9 davon sitzen im Gefängnis.

Die herrschende Klasse wage es, weiter Schindluder zu treiben mit uns, den Arbeitern — wir Arbeiter werden sie in den Ab-

grund hinabstoßen; wir werden mit der Bourgeoisie ein Ende machen!

Genossen, Arbeiter — Antek wird frei (heraus mit ihm aus dem Kerker, sofort heraus!) aber viertausend Brüder liegen noch drin; sie leiden und ihre Weiber und Kinder leiden mit. Wir müssen damit Schluss machen, wir müssen schreiben, daß es der herrschenden Ausbeuterklasse und ihren Lakaien in den Ohren gellt:

Heraus mit den 7000 Brüdern aus den Kerker!

Heraus mit allen unseren politischen Gefangenen!

Außer Urbahnus alle SPD.-Abgeordneten frei.

Breslau, 2. Juni.

Wie wir am Montag abend noch aus Berlin erfahren, hat der Reichstag beschlossen, daß alle kommunistischen Abgeordneten außer dem Genossen Urbahnus (Hamburg) auf freien Fuß gesetzt werden müssen. — Jetzt aber heißt es: Nach heraus mit Urbahnus! Heraus mit allen 7000 Kameraden!

Die Kampffront der Bergarbeiter soll gesprengt werden!

Vom Bol-Büro wird uns geschrieben:

Der Kiesenkampf der Bergarbeiter ist in ein kritisches Stadium getreten. Am Mittwoch, den 28. Mai wurde ein neuer Schiedspruch gefällt, der den Kampf der Bergarbeiter beendet soll. Er stellt sozusagen das freigelegte Dar, das man den Arbeitern zumuten kann. Die Siebenstundenschicht der Bergarbeiter wird preisgegeben. Der Schwindel, daß die Siebenstundenschicht „grundtätlich“ weiter bestehen bleibt, soll nur den tatsächlichen Sachverhalt verschleiern. Denn es ist ganz klar, daß die Arbeiter nicht im Jahre mehrere Male monatelange Kämpfe führen können, um ihre Wiedereinführung durchzusetzen und das müßte der Fall sein, da doch das Beschäftigungskapital erklärt, unter keinen Umständen in die Wiedereinführung der kürzeren Arbeitszeit zu willigen.

Kaum war dieser niederträchtige Schiedspruch gefällt, so haben sich die reformistischen Führer der Bergarbeiter in das Ruhegebiet begeben, um für die Annahme des Schiedspruchs und die Wiederaufnahme der Arbeit zu wirken. Sie waren sich dessen wohl bewußt, daß die Arbeiter diesem Vorschlag Widerspruch entgegenzusetzen würden. Um diesen Widerspruch zu brechen, wurde mit dem Unternehmertum und den staatlichen Schlichtungsinstanzen ein freches Schwindel in dem Sinne ausgeübt. Die Unternehmer mußten die Annahme des Schiedspruchs ihrerseits verweigern, damit dadurch die Gewerkschaftskontrolle die Möglichkeit gewann, den Arbeitern den Schiedspruch annehmenswerter darzustellen. Sie erhielten die Möglichkeit, zu erklären, es seien eine Reihe von Verbesserungen gegenüber den früheren Zuständen erzielt worden, also eigentlich ein Sieg der Arbeiter (und darum der „Widerstand“ der Unternehmer).

Die staatlichen Schlichtungsinstanzen spielten dann die zweite Karte aus in diesem Betrugsmanöver. Sie erklärten schon am 29. Mai den Schiedspruch für verbindlich.

Inzwischen hoffen die Gewerkschaftsführer, eine gründliche Vorarbeit für die Annahme des Schiedspruchs leisten zu können. Auf der Konferenz der christlichen Bergarbeiterfunktionäre wurde mit 107 Stimmen gegen 7 die Annahme des Schiedspruchs beschlossen. Auf der ersten Konferenz der Funktionäre des B.V. dagegen der Schiedspruch mit 107 gegen 83 Stimmen abgelehnt. Die zweite Konferenz wurde abgelehnt! Die Unternehmer werden auf diese Abstimmungsresultate antworten mit der Annahme des Schiedspruchs. — nachdem dieser für verbindlich erklärt wurde — mit der Erklärung, im Interesse des Wirtschaftsfriedens wollten sie dieses unerhörte Opfer bringen.

Dann werden die Führer der reformistischen Verbände erklären, die Aussperung sei beendet, die Arbeit müsse wieder aufgenommen werden. (Diese Schwindelaktion liegt als gemeinshaftlicher Anruf der 4 arbeitsgemeinschaftlichen Verbände bereits vor). Bei diesem Akt enthüllt sich auch der wahre Sinn des fortgesetzten Bestehens dieser Führer, daß der Kampf der Bergarbeiter um die Siebenstundenschicht eigentlich „nur eine Aussperrung“ seitens der Unternehmer gewesen sei. Nachdem die Unternehmer durch Annahme des Schiedspruchs die Aussperung aufgehoben haben, so werden die Gewerkschaftsführer sagen, müsse die Fortsetzung des Kampfes durch die Arbeiter erneut beschlossen werden. (In der Tat haben sie dies bereits erklärt). Die Bewegung aber werde dann ein Streik sein, und für diesen Streik sei eine 1/4 Majorität aller Arbeiter notwendig.

Sofort nach Beginn des Kampfes haben die oberste schlesischen Bergarbeiter den kämpfenden Arbeitern in den anderen Gebieten telegrafisch die Aufforderung geschickt: keine Sonderverhandlungen zu führen, gemeinsam den Kampf durchzuführen und auch nur gemeinsam über den Abbruch der Bewegung zu beschließen. Am 28. Mai haben die oberste schlesischen Bergarbeiter diese Aufforderung wiederholt. Sie taten dies, weil sie mit Recht vermuteten, daß die Gewerkschaftsbürokratie die Kampfsache hätte trennen will.

Der Schiedspruch mit den scheinbaren Zugeständnissen an die Arbeiter ist, wie ersichtlich, nur für das Ruhegebiet gefällt. Die Teilung der Kampfgebiete wird also durch ihn bewirkt. Man macht den Ruhrarbeitern ein kleines Zugeständnis, weil dort die Lage für die Bergherren am kritischsten ist. Wenn die Ruhrarbeiter aus der Kampffront herausgesprengt sind, werden die Arbeiter in den anderen Kampfgebieten keine Zugeständnisse erhalten. Alle beabsichtigten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen wird man dann durchsetzen. Gelingt dieses Manöver, so wird damit nicht nur ein hoffnungsvoller Kampf verloren gehen, sondern die Niederlage der Bergarbeiter und nicht nur der Bergarbeiter, sondern der deutschen Arbeiter in der Frage des Achtstundentages würde somit für längere Zeit festgelegt.

Aus diesen Tatsachen ergibt sich die zwingende Notwendigkeit der

Aussetzung aller Kräfte für die Fortsetzung des Kampfes.

Der Bergarbeiter darf nicht ablassen von der Siebenstundenschicht. Keine Konzessionen dürfen in der Arbeitszeitfrage gemacht werden. Die Siebenstundenschicht muß tatsächlich wieder eingeführt werden und das sofort. Die „primäriale“ Siebenstundenschicht wie sie der Schiedspruch vorsieht, ist nur ein Taktmanöver. Niemals werden die Bergarbeiter die Sie-

Heraus mit unseren Gefangenen!

Hungerstreik von 7 Genossen in Schweidnitz! — Hungerstreik in Breslau!

Breslau, 2. Juni.

Wie uns leider erst heute berichtet wird, befinden sich sämtliche in Schweidnitz inhaftierten Genossen seit Dienstag, den 27. Mai im Hungerstreik.

Hierzu wird uns berichtet:

Seit 7 Monaten schmachten folgende Genossen im schweidnitzer Untersuchungsgefängnis:

- Franz Reichel, Langenbielau;
- Karl Moser, Oberlangenbielau;
- Richard Schlegel, Oberlangenbielau;
- Paul Klein, Oberlangenbielau;
- Adolf Drischner, Oberlangenbielau;
- Mugust Schmidt, Oberlangenbielau;
- Wilhelm Wagner, Weigelsdorf 54;
- Karl Ottner, Weigelsdorf.

Wie überall in Schlesien, so wurden auch diese Genossen während der Gestaltur unter dem üblichen Vorwand „kommunistischer Antriebe und des Hochverrats dringend verdächtig zu sein“ in Schuhhaft und nach Ablauf des infamen Ausnahmezustandes in Untersuchungshaft genommen.

Trotz dauernder Beschwerden der inhaftierten Genossen, sie nicht wie politische Gefangene sondern wie kriminelle Strafgefangene behandelt werden, ist bisher kein Termin angesetzt worden.

Die Gewalthaber wissen, daß das vorhandene, auf Grund elender Spittelberichte aufgebaute „Anlagematerial“, zu einer Anlage nicht ausreicht.

Es wissen genau, daß selbst das bürgerliche Klassengericht es nicht wagen könnte, die Langenbielauer und Weigelsdorfer Genossen zu verurteilen. Deshalb greifen sie zu der in allen Teilen des deutschen Klassenstaates erprobten und beliebten Methode: Verlängerung der Untersuchungshaft von Monat zu Monat.

Zweierlei wollen die Machthaber damit erreichen. Erstens die körperliche und geistige Zermürbung der Gefangenen und Festhaltung der ihnen verhassten Agitatoren, aus einem Industriegebiet in dem der Einfluß der Kommunisten auf die Arbeiterschaft, wie der Wahlausfall beweist, ungeheuer im Wachsen begriffen ist.

Nun, die Herren Staatsanwälte haben die Rechnung ohne die Langenbielauer Weber gemacht. Die Langenbielauer haben eine revolutionäre Tradition.

Ihre Väter und Großväter haben einst die Drehscheibe und Konsole, trotz Militär und Gendarmen, zum Teufel gejagt und sie werden auch der Inhaftierung ihrer Brüder, weiter gegen das kapitalistische Ausbeuterregiment kämpfen.

Sie werden auch ihre eingelerteten Genossen nicht verlassen und dafür sorgen, daß der Ruf:

Heraus mit den politischen Gefangenen!

so laut erschallt, daß er den Herrschenden in den Ohren klingt. Wenn aber die Herren Staatsanwälte glauben, durch Schikanen den Widerstand der im Hungerstreik befindlichen Genossen zu brechen, so kennen sie nicht die Fähigkeit revolutionärer proletarischer Kämpfer.

Der Herr Staatsanwalt hat den Hungerstreik unserer Genossen mit neuen Schikanen

Verweigerung der Sprecheraubnis,

Stenkwortel.

Es ist klar: Der Staatsanwalt wollte damit verhindern, daß die Arbeiter im Langenbielauer und Reichenbacher Revier von diesem äußersten Mittel: vergewaltigter Genossen Kenntnis bekommen.

So erfuhr z. B. der Genosse Reichel, durch Abgabe von Wäsche, daß er Besuch hatte und erzwang sich die Sprecheraubnis dadurch, daß er mit Händen und Füßen an die Zellentür donnerte.

Erst dadurch erhielt er die Sprecheraubnis und wir die Kenntnis des Hungerstreiks.

Seit Freitag voriger Woche befindet sich Genosse Smolka im Hungerstreik, um dadurch gegen seine ungeschliche Verhaftung und widerrechtliche Festhaltung zu protestieren.

So vergeht kein Tag in der kapitalistischen Republik an dem nicht proletarische Gefangene — gefoltert und gequält von den Organen der Klassenjustiz — zu dem letzten Notwehrmittel greifen.

Und Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen in Schlesien, wißt Ihr was es bedeutet wenn Genossen Monat für Monat, Winter und Sommer, in dumpfen, dunklen, vermauzten und verlausten, schmutzigen, vergitterten Zellen eingesperrt sind?

Wißt Ihr was es heißt, nach siebenmonatlicher Unterernährung zum letzten verzweifeltten Mittel zur Verweigerung jeder Nahrung zu greifen?

Schlesische Arbeiter, wollt Ihr Eure kämpfenden Brüder in den Kerkerhöfen verrecken lassen?

Duldet nicht länger die Schmach der Klassenjustiz!

Rehnt sofort in allen Betrieben Stellung zu der infamen Behandlung kommunistischer Gefangener.

Eurer Kampfruf sei:

Nieder mit der Klassenjustiz! Nieder mit den Richtern und Staatsanwälten der Reiterrevolution.
Heraus mit den politischen Gefangenen!

Vor der Generalausperrung der Metallarbeiter.

Breslau, 2. Mai.

Der Verband Schlesischer Metallindustrieller droht mit allgemeiner Aussperung der Metallarbeiter in der Woche nach Pfingsten, falls der Streik und die Aussperung in den Betrieben des Schlesischen Verbandes des Metallgewerbes nicht beendet werde.

Als in Breslau die Aussperung in der kleineren Metallindustrie durchgeführt wurde und als Linde-Hofmann-Vorschhammer mit verzürter Lohnzahlung, Kurzarbeit und weiteren Entlassungen einsetzte, haben wir sofort erklärt, daß das einen Rückfall für weitere Offensivtöche in der Breslauer Metallindustrie. Wir haben Recht gehabt. So wie in Breslau geschieht es im ganzen Reich. Die kapitalistische Krise, das anwachsende Chaos wollen die Ausbeuter durch brutale Hunger-Offensive gegen die Proleten eindämmen, die Arbeitslosigkeit soll tiefenhaft vergrößert werden. Das sind Alarmrufe für das Proletariat in Schlesien.

Betriebsräte vor die Front!

Revolutionäre Gewerkschafter vor die Front!

den Unbesiegt wiederlangen auf dem durch den Schieds-
spruch vorgezeichneten Wege. Aber die Bergarbeiter, wenn sie
in ihrem Kampfe um die Siebenstundenschicht weiter ausdauern,
werden nur dann einen Erfolg haben, wenn sie von den ande-
ren Arbeitern wirklich unterstützt werden. Und das kann nur geschehen, wenn sich alle Arbeiter dem Kampf um
die Wiedereinnahme des Achtstundentages anschließen. In
keinem Berggebiet dürfen die Bergarbeiter länger als 7 Stun-
den untertage und 8 Stunden über Tage arbeiten. Die Arbeiter
anderer Berufe müssen ebenfalls nach 8 Stunden geleisteter
Arbeit die Werkstätten verlassen. Alle Kräfte muß das Prole-
tariat aufbieten, um den Kampf der Bergarbeiter siegreich zu
beenden.

Es ist es, jetzt die Unternehmer in ihrer Offensiv gegen
die Arbeiterklasse zurückzuwerfen, dann eröffnen sich der Ar-
beiterklasse weitere Ausdehnungsmöglichkeiten.

In diesem gigantischen Kampf um die Wiedereinnahme
des Achtstundentages, um die Sicherstellung der Forderungen
der Bergarbeiter muß es aber den Arbeitern klar sein, daß es
wirkliche Sicherungen gegen die Angriffe der Unternehmer,
wirkliche Sicherungen für den Achtstundentag nicht gibt, solange
die Arbeiterklasse nicht den Sieg über die Bourgeoisie errungen
hat.

Die Forderungen der kämpfenden Arbeiter können und
werden von der Bourgeoisie nicht anerkannt. Der Kampf um
die Siebenstundenschicht im Bergbau ermöglicht es der Bour-
geoisie nicht, die Folgen ihres verlorenen Krieges auf die Schul-
tern der Arbeiter abzuwälzen. Die Anerkennung der 7-Stun-
denschicht macht die Ausfühung des Sachverständigenabkommens
auf Kosten der Arbeiter unmöglich. Die Bourgeoisie kann aber
zur Tragung der Lasten ihres verlorenen Krieges nur nach ihrer
Niederwerfung gezwungen werden. Solange sie die Bergwerke,
solange sie die Betriebe in Händen hat, solange wird sie immer
die Existenz der Arbeiter bedrohen.

Die Notwendigkeit der Sozialisierung der Be-
triebe und der Kontrolle der Produktion durch
die Arbeiterklasse muß der Arbeiterklasse in das Bewußtsein
geschämmt werden, bei diesem Kampfe. Insbesondere auch die
Notwendigkeit der Sozialisierung der Betriebe.

Wenn auch die Arbeiterklasse im gegenwärtigen Augen-
blick noch nicht so weit genug ist, den entscheidenden
Kampf um die Macht aufzunehmen, und die Sozial-
isierung der Betriebe durchzuführen, so muß sie doch wissen,
daß sie stark genug ist, den Achtstundentag zurückzuerobern, die
7-Stundenschicht im Bergbau sich zu erzwingen. Und der Kampf
um diese Ziele ist der erste Schritt auf dem Wege zur
Ausrückung der Arbeitermacht.

Die Kommunistische Partei hat im Reichstag einen Antrag
eingebracht, der in Massenauflage als Flugblatt unter den Berg-
arbeitern verbreitet wird. Im Sinne der Forderungen dieses
Antrages müssen alle Kräfte zur Unterstützung der Berg-
arbeiter aufgerufen werden. Die Front der Kämpfenden darf
nicht gesprengt werden. Der Anschlag der Reformisten auf
die Einheit der kämpfenden Arbeiterklasse muß abgewehrt wer-
den.

Mit noch größerer Aktivität als es bislang geschehen ist,
müssen die Kämpfenden auftreten. Eine wirkliche Unterstützung
des Kampfes durch keine der breiteren auf andere
Arbeiterklassen muß einströmen. Wenn das Proletariat
den ganzen Ernst der Situation erkennt, dann wird es möglich
sein, in der Frage der Arbeitszeit das verlorene Terrain zurück-
zuerobern. Der Augenblick ist günstig, er muß von der Ar-
beiterklasse rücksichtslos ausgenutzt werden.

Telegramm der Zwidauer Kameraden an die Ruhrlumpels.

Wie uns aus Zwidau gemeldet wird, hat auch die
zentrale Kampfleitung des Zwidauer-Obersteirer Gebietes folgen-
des Telegramm an die Ruhrbergarbeiter gerichtet:

„Das Unternehmertum versucht die gemeinsame Front
der Bergarbeiter zu durchbrechen. Kameraden! Das darf nicht
geschehen! Der Schiedspruch muß unter allen Umständen ab-
gelehnt werden. Unsere Front steht nach wie vor fest. Nur
gemeinsam darf der Kampf beendet werden.“

Zentrale Kampfleitung Zwidau-Obersteir.

GOLGATHA.

Pawel Doroschew.
(In Buchform erhältlich in Verlage f. Literat. u. Polit. Wien.)

Murghin lächelte zu der Offenheit und dem Mißtrauen
Nebstakows; er trat zu einem auf der Fensterbank stehen-
den Blumentopf, hoberte mit seinem Zylinder in der Hand,
nahm eine Zigarre heraus und aus dieser den kleinen Seiden-
streifen. Nebstakow hielt er ihn Nebstakow entgegen.
„Sehen Sie, Doroche!“

Nebstakow drückte sorgfältig das Dokument. Erregt strich er
beide Hände über dem Kopf hinweg.
„Sehen Sie, Doroche!“
„Sie unternimmt sich.“

Nebstakow erinnerte sich ganz genau an den Tag. Ein Mann
in öliger Arbeitshülle und zergründeter Nase erschien in
ihrem Hause.

„Wohat hier Anna Ivanowna Genezkoff?“
„Ja.“
„Und Sie es selbst?“
„Ja.“

„Und wer ist das?“
„Er wies auf Nebstakow.
„Das ist eine Bekannte von mir.“
„So.“

Er schwing eine Waage und prüfte beide Frauen von oben
hin unten.
„Oh, kommt von Alexej?“
„Beide Frauen klangen sich geradezu auf ihn, als sie den
Namen hörten.“

„Von Alexej? Wo ist er, was ist mit ihm?“
Der ölige Mann lächelte.
„Jetzt sehe ich, daß ich an der richtigen Adresse bin.
Alexej lebt und ist gesund. Ich soll Ihnen das da von ihm
übergeben.“

Er überreichte ihnen Geld und einen Zettel von Petruschka.
„Es ist schon lange her. Als er sich auf den Weg machte,
legte er.“

„Oh, habe Sie, Anna Ivanowna, bin ein Schatz aus
dem Hades.“ „Doroche, Sie sind so schön, fragen
Sie mich nicht in der Bekanntschaft.“

Nebstakow sah zu dem längeren Zeit nicht mehr.
Murghin hörte ihn Verzicht seiner Frau mit Interesse.

Attentat auf Seipel.

Wien, 2. Juni

Am gestrigen Sonntag Abend gab ein Arbeiter drei
Schüsse auf den österreichischen Bundeskanzler Seipel (Christ-
lich-Sozial) ab, von denen einer in die Lunge traf. Der Attentat-
äter hat sich dann selbst in die Schäfte geschossen. Die Bürger-
liche Presse behauptet, es handle sich um ein kommunistisches
Attentat.

Das gesamte Proletariat weiß, daß die kommunistische
Internationale individuelle Terrorakte als unlaugliche Mittel
ablehnt; der sozialdemokratischen Presse jedoch, die mit dem
hohen Pathos des Spießbürgers und Konterrevolutionärs
nicht genug herzufallen weiß über einen solchen Verweissungs-
ausbruch des durch imperialistische Kommissare, Christlich-Soziale
Pfaffen und Sozialdemokraten gemeinsam vergewaltigten (sa-
nitierten) österreichischen Proletariats, mag in Erinnerung ge-
bracht werden, daß sie (wenigstens a. L.) einst die Schäfte des
„Attentäters“ Fritz Adler als eine befreiende Tat be-
zeichnet hat.

Klassenjustiz.

Am 30. Mai wurde von der Strafkammer Eberfeld das
Urteil im Dabringhauser „Vandfriedensbruch“-Prozess gefällt.
22 Arbeiter waren angeklagt, im Juni vorigen Jahres eine
militärische Übung des Jungbo gestört zu haben. Es wurden
unerbörte Urteile gefällt. Im ganzen wurden 140 Monate
Gefängnis und 39 Monate Zuchthaus verhängt, 8 Ange-
klagte wurden sofort verhaftet.

Stütze Zusammenstöße.

Aus Cassel wird gemeldet:

In Dörschhausen fand ein Fest der Arbeiter-Radsfahrer statt.
Gegen Abend zogen einige Junggefolgshafen des Jungbo-
fährten Ordens und eine Abteilung Völkische mit entrollten Ban-
ner nach dem Dorf, um den Arbeitern einen Denkzettel zu geben.
Das mißlang, da sich die Arbeiter wehrten. Unter Mitnahme
von drei Schwerverletzten und fünf Leichtverletzten mußten die
Fahrgäste abziehen.

400 000 Eisenbahner sollen verrecken.

Aus Paris wird gemeldet:

Die Sitzung des Organisationskomitees für die deutsche
Reichsbahn hat dem Man für das neue Statut der Reichsbahn
gegen die anwesenden deutschen Vertreter zugestimmt. Ueber
die Anpassung des Personals an die neue Betriebsform ist
von der Versammlung vorgeschlagen worden, daß für die
Zahl der Beamten und Arbeiter die Kopfzahl der englischen
Eisenbahnen maßgebend sein soll. Das würde eine 40prozentige
Senkung der jetzt bei der Reichsbahn Beschäftigten zur
Folge haben.

Diese Meldung, die aus der Stimmagentur U. stammt,
ist natürlich unterdessen „dementiert“ worden; aber wir kennen
solche Dementis, die die Echtheit einer Meldung in solchen
Angelegenheiten nur bestätigen. Warum das Dementis er-
folgte, ist aus der „Frankfurter Zeitung“ vom 1. Juni zu
erkennen; das Blatt des „demokratischen“ Finanzkapitals kon-
statiert nämlich eine „große Beunruhigung in Beamtenkreisen“.

Die Krise in Deutschland.

Das Charakteristische an der Verschärfung der Krise in
Deutschland seit Mitte April ist, daß zunächst die Entzweiung
der kleineren und mittleren Kapitalisten durch wenige Groß-
kapitalisten mit aller Schärfe durchgeführt wird. Die Sturm-
zeichen sind da für eine Massenarbeitslosigkeit, eine
Massenarbeitslosigkeit, die sich mit der Durchführung des Sach-
verständigenabkommens noch steigern wird.

Vorläufig sind schon in einzelnen Werken größere Ent-
lassungen erfolgt. Es ist bereits bekannt, daß die Stahlwerke
Sennigsdorf bei Berlin und die zum gleichen Konzern gehören-
den Linke-Hofmann-Lauschhammer-Werke ihren
Betrieb sehr eingeschränkt haben.

Die Stilllegungen im Rheinlande erfolgen zum großen
Teil durch die Auswirkungen der Krise. Mit dem anwachsenden
Zusammenbruch auch größerer industrieller Werke werden
größere Massen von Arbeitern weiter auf die Straße geworfen.
So schließt z. B. das Stahlwerk Beder völlig seinen Betrieb.

Einige Zahlen mögen den Umfang der Auflösung der klei-
nen Kapitalisten zeigen. Allein im Wuppertal haben sich 166
Firmen unter Geschäftsaufsicht gestellt. Davon in Eberfeld 30,
in Barmen 18. Im Solinger Bezirk sind 60 Unternehmen unter
Geschäftsaufsicht getreten.

Die Bankrottierung nunmehr auch größerer Werke mehr
sich; nach dem Stahlwerk Beder hat sich die Margarinefabrik
Jagfeld unter Geschäftsaufsicht gestellt. Nun ist eine der älte-
sten Frankfurter Privatbanken D. u. J. Rauffke zusammen-
gebrochen.

Charakteristisch bei allen dreien ist der außerordentlich
starke Mangel an Kapital in Geldform, der den Zusammenbruch
verursachte. Beim Stahlwerk Beder betragen bei einem Wert
der Anlagen von 30 Millionen Goldmark und Außenständen
von 3 Millionen Goldmark die Schulden 9 Millionen Goldmark.
Sowohl Beder, wie Jagfeld haben bis in die letzte Zeit hinein
dauernd Neubauten errichtet, ihre Betriebe auch sonst erweitert,
Rauffke war im außerordentlich starken Grade an fremden
Unternehmungen beteiligt, so vor allem bei Batsch, ohne
daß sie die Möglichkeit hatten, ihre Beteiligungen in Geld um-
zuwandeln.

Es ist selbstverständlich, daß die Krise, in der noch härter
als wie sonst die Geldknappheit hervortritt, zunächst diejenigen
Kapitalisten trifft, die kein Kapital in Geldform aufzuweisen
haben.

Stilllegungen.

Das Phönixwerk Duisburg schließt ebenfalls sein Stahl-
und Walzwerk wegen Kohlenmangel. Die Belegschaft umfaßt
3000 Arbeiter.

Betriebsrätekonferenz der Tschechoslowakei.

Wie aus Prag gemeldet wird, haben die Betriebsräte
der Prager Großbetriebe für den 8. Juni eine Betriebsräte-
konferenz für die ganze Tschechoslowakei einberufen.

Parteitag der RPP.

(Eigener Bericht.)

Der Parteitag der RPP. Rußlands nahm die von der
Zentrale vorgelegte politische Resolutions, die ausführlich die
Parteidiskussion behandelt einstimmig ohne Widerspruch
an. Die Delegierten sangen darauf die Internationale.

Wir haben vom Verlauf des Parteitages der RPP. nur
erst wenig — und dazu verspätet — bringen können; wir
waren durch Raumangel und technische Schwierigkeiten dazu ge-
zwungen. Wir werden jedoch in aller Ausführlichkeit einen zu-
sammenfassenden Bericht über den Verlauf dieses außeror-
dentlich wichtigen Parteitages bringen können.

Wie schon die obenstehende kurze Meldung zeigt, hat der
russische Parteitag sich auf den Boden der Zentrale gestellt, die
Krise beendet und die oppositionelle Plattform der Genossen
Trotski usw. abgelehnt.

Der „Sozialismus im Panzerwagen“.

Nicht nur Severing, der deutsche Sozialdemokrat, weiß
sich der Panzerwagen zur Durchführung des „sozialistischen
Gedankens“ zu bedienen, wie er jüngst in Halle brutal bewies.
Auch Herr Macdonald, die Weltkugel der 2. Internationale,
versteht sich auf diesen „Sozialismus im Panzerwagen“. Der
„Daily Herald“, das Organ der englischen „Arbeiterpartei“,
berichtet darüber ganz trocken und nüchtern:

„Ein furchtbarer Panzerwagen, für 3000 Mann bestimmt,
wurde gestern durch hohe Offiziere des Indischen Armees
besichtigt. Er wiegt leer 4½ Tonnen und hat eine Be-
satzung von 5 Mann mit 2 Maschinengewehren, Gewehren
und einige tausend Gurt Munition. Er bewegt sich über
jedes Gelände mit einer Stundengeschwindigkeit von 50
(englischen) Meilen.“

Mit diesem Panzerwagen wird es Herrn Macdonald viel-
leicht gelingen, die indischen Kolonialsklaven des englischen Ka-
pitals, wenn auch nicht zum Sozialismus, so doch wenigstens
ins Grab zu bringen, zum Segen der Profitphänen.

„Wahst du, Katalcha, du wirst diesen Kasnezow auffuchen
müssen. Wenn Petruschka ihm vertraut, dann muß es ein sicherer
Mann sein.“

„Dann kam einmal ein anderer Mann zu Petruschka Mutter.
Er fragte, ob Anna Ivanowna etwas brauche. Sie sollte sich
nur an ihn wenden. Er nannte keinen Namen — Kasnezow
heißt er und wohnt in Semstwo.“

„Angezeichnet, aber diesen Kasnezow werden wir uns
durch Semstwo erkundigen.“

Murghin fraute diese Mitteilung seiner Frau außerordentlich.
„Jetzt waren es ihrer fünf: Murghin, Nebstakow, der
Schmid Ivan Kasnezow, dann der Leiter der Fortschritt-
des Semstos — Kasnezow und der Besizer der Semstow-
Druckerei — Goto.“

„Der Stab ist fertig, jetzt braucht man nur noch eine
Karte“, klappte Kasnezow.

Murghin lächelte.
„Wir sind schon mehr als eine Division — fünf Menschen,
ein jeder ist ein ganzes Regiment wert. Also fünf Regimenter
in voller Kampfbereitschaft.“

Man pflegte sich bei Nebstakow im Depot zu versammeln,
sestener in der Wohnung Kasnezows. In Murghin kam man
einzeln und suchte auch das zu vermeiden. Nach zwei oder
drei Versammlungen arbeitete man einen Arbeits-
plan aus und verteilte untereinander die Pflichten. Nebstakow
übertrug man außer dem Meist, in dem er beschäftigt war,
alle Betriebe des Semstow-Verbandes. Kasnezow sollte die
nach der Befolgung der Angelegenheiten des Eisenbahner-
organisations. Kasnezows Tätigkeit brachte es mit sich, daß er
gute Beziehungen in den einzelnen Verbänden hatte, und diese
Beziehungen sollte er weiter ausbauen und festigen. Goto
übernahm die Arbeit in den Semstow-Verbindungen. Murghin
leitete die gesamte Tätigkeit der Gruppe. Man ging langsam
oder hastig auf das Ziel los. Vor jedem Schritt mußte
der Boden sorgfältig geprüft werden. Und erst, als man sich von
der Halberstadt übergenigt hatte, setzte man den Fuß voll auf.
Man wartete auf die erste passende Gelegenheit, um die Tätig-
keit auf die Gruppe auszuweiten. Und mit noch größerer Un-
geduld wartete man auf Nachrichten von Petruschka. Kasnezow
hörte schon zwei Monate nichts von ihm.

Den militärischen Transport entlang, der an die Front
abging, schritt ein Mann im kurzen Halbock, mit einem kleinen
Korb in der Hand.

„Rehmt mich mit, Brüder, ich fahre nur zwei Stationen.“
„Es ist schon so eng. Sieht ja selbst, daß wir auseinander-
gehen.“

„Ich brauche ja nicht zu sitzen, ich möchte nur das Körbchen
irgendwo hinstellen, ich selbst kann ja stehen. Nehmt mich mit,
es wird schon gehen!“

„Was hast du denn da in deinem Korb — hast wohl
Selbstgebranntes?“

„Selbstgebranntes hab' ich keinen, aber etwas Besseres.
Rehmt mich mit, Kinner!“

„Was meint ihr, nehmen wir den mit?“
„Wo willst du denn hin mit ihm? — willst du ihn einem
von uns auf den Kopf legen?“

„Zwei Tage sehe ich schon auf diesem Bahnhof ... und
ich brauche doch nur zwei Stationen weiter.“

„Na, meinnetwegen, gib den Korb her. Wenn der Zug sich
in Bewegung setzt, bringst du in den Wagen.“
Der Mann im Halbock gibt seinen Korb ab.
Das dritte Glodenzugzeichen ertönt.

„Se, Landsmann, steig ein.“
Der Mann kauft neben dem Wagen.
„Oh, hab's mir überlegt, Kinner, ich fahre nicht mit. Re-
hallet den Korb und teilt den Inhalt unter euch.“

„Danke, Landsmann, Danke!“
„Keine Ursache. Der Korb ist nicht verpackt, nur zu-
gebunden.“

Der Mann blieb stehen, wartete, bis der Zug vorüber
war und entfernte sich schnell auf dem Wege zwischen den
Gleisen.

„Auf diese Weise schmuggelte Ivan Kasnezow die erste Pro-
pagandaliteratur an die Front.“

Murghin lehrte spät nachts zurück. Als er sich dem Hause
näherste, bemerkte er, daß die Tür offenstand.
„Was ist geschiefen?“

„Ivan kam sofort der Verdacht. Er trat behutsam in den
Flur, ohne die Tür hinter sich zu schließen. Er versuchte in der
Drehung das Geräusch vieler Tritte und Stimmen.
„Hansfuchung!“
Er drehte sich geräuschlos auf den Seitenflur um und war
im Begriffe, das Haus zu verlassen, als ein Mann in einem
Mantel vor die Eingangstür trat. Erübe schimmerten die Sterne
auf den Wappentafeln auf.
„Halt, woher?“
„Ich bin in das falsche Haus geraten.“
„So? Na, gehen wir hinaus, vielleicht wird es sich zeigen,
zeigen, daß Sie doch an die richtige Adresse gekommen sind.“
Der Offizier lächelte.
Murghin stand zwei Stufen höher als der Offizier. Seine
rechte Hand umklammerte in der Tasche den Revolver. „Nicht
knebel ging es ihm durch den Kopf.“ (Fortsetzung folgt.)

Die Sozialdemokratie macht den nächsten Weltkrieg mit.

Als im Jahre 1918 die Revolution der Durchhaltepolitik der internationalen Sozialdemokratie ein vorzeitiges Ende lehte, als die wilden Kriege und Kriegergefahren verhandelt und lieblichen Friedensschritten Platz machten, da kamen die eben noch so feindlichen Brüder, die Schindemann, die Renaubel und Genossen, nach eitlichem Hin und Her wieder zusammen, schüttelten Herz und Mägen die blutbesetzten Hände, erklärten das Vergangene für ein „Mißverständnis“ und schworen sich gegenseitig Verzeihung zu. Die lächelnden Friedensworte täuschten große Schlachten der Arbeiterklasse, von Jahr zu Jahr veranzahlten sie Massendemonstrationen unter der Fahne: „Nie wieder Krieg für den Völkerverbund und andere schöne, himmelblaue Einrichtungen. Doch Satzlachen sind ein hartes Ding, und wenn die pazifistischen Reden der Sozialdemokraten auch den revolutionären Schwung der Arbeiter dämpfen könnten, so vermochten sie nicht, die sich aufhebenden Krisen und Konflikte der imperialistischen Staaten aus der Welt zu schaffen. Der neue imperialistische Weltkrieg ist im Anzug und kam jederzeit, wie ein plötzlich losbrechendes Gewitter über den Proletariat wie entladen. Während aber 1914 die Sozialdemokraten bis in die Augusttage hinein sich in die Pose von strammem Internationalisten und Kriegsfeinden warfen, verhielten sie heute mit offenem Gesicht ihren kommenden Konkurrenten voraus. Der Reichstagsabgeordnete Heinrich Ströbel jammert in der „Levi-Korrespondenz“ über die geistige Abhängigkeit von der Denkweise der Bourgeoisie, der Diplomatie und der Heeresleitung, in der sich die SPD während des Weltkrieges beurlauben habe, um hinzuzufügen: „Wer sich nichts vormacht, muß sich gesehen, daß auch bei einem neuen Weltkrieg die Sozialdemokratie keine bessere Rolle spielen würde.“

Wir Kommunisten sind leider nicht in der Lage, diesen politischen Lächerlichkeit, das ein SPD-Reichstagsabgeordneter seiner eigenen Partei ausstellt, zu widerprechen. Es ist bezeichnend für die trotzkistische und erbärmliche Rolle der „Linken“ SPD, daß sie durch eine bühnen Opposition, durch ein wenig Jammer und Kränzen ihre Verantwortung, daß sie innerhalb der SPD weiter verbleibt, zudecken will.

Die deutschen Arbeiter aber haben sich jetzt zu entscheiden, entweder für die Sozialdemokratie, und damit für den neuen imperialistischen Weltkrieg, oder aber für den Kommunismus und die proletarische Revolution.

Wie die Emminger Justiz arbeitet.

Der Genosse Joseph Marshall, der bereits wegen der Beteiligung am Käte-München eine mehrjährige Gefängnisstrafe abgeleistet hatte, stand dieser Tage vor dem Konstanzer Schöffengericht. Im November des vorigen Jahres hatte er gemeinsam mit 14 anderen zum Teil nicht ermittelten Personen bei verschiedenen Landwirten im Saatkreis (Baden) nach vorhandenen Waffen insbesondere Maschinengewehren, gesucht. Es war allgemein bekannt, daß die badiischen Waffen gemeinsam mit den Münchener Hitlerleuten die Generatoffensive gegen die Arbeiterschaft durchzuführen wollten. Marshall wurde zur Zeit gelehrt, daß er mit vorräthigen Revolver bei den Geschäften Gansbuchungen vorgenommen habe und die Entdeckung durchführen wollte. Der Staatsanwalt glaubte, dieses Vorgehen mit einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren abenden zu müssen. Das Gericht fällt das unerhörte Urteil auf 2 1/2 Jahren Gefängnis.

Aus der Provinz.

Nur kein Reid

Karl Otonelli, Reichstagsabgeordneter a. D., Redakteur a. D. in nicht zu fern Zukunft verläßt in einem von Reid und Galgenhumor durchdrungenen Artikel den in den Reichstags gewählten Genossen Jendrosch lächerlich zu machen. Eine alte Methode Karlens. Wenn er sich nicht beifommen kann, versucht er durch bürgerliche Witzchen und Schmalereien in der Meinung der Arbeiter herabzuwürdigen. Karlens Mißbild aus Hindenburg bewährte sich erst ausgiebig seine Charakterstärke, stellt fest, daß er, als er noch Jahn im Korbe und beinahe Bürgermeister geworden war, es stolz abgelehnt hätte, dem „Wanderer“ sein Bild zu schicken. Jendrosch aber, nicht belastet durch solch edle Charaktereigenschaften hat dem „Wanderer“ sein Bild eingesandt. Wir wissen nicht, ob dies zutrifft, möglich auch, daß Jendroschs Bild ohne dessen Einwilligung vom „Wanderer“ gebracht wurde.

Wäre dies aber der Fall, so würden wir darin kein Verbrechen erblicken, zumal Jendrosch sicherlich nicht im Badekostüm fotografiert ist. Otonelli mag sich nur die illustrierten Zeitungen nach der Wahrheit betrachten und wird dort auf mehr als ein Portrait seiner Parteigenossen stoßen. Möglich, daß die Mundpartie dieser Leute nicht so entwickelt ist, als die des Genossen Jendrosch nach Otonellis Meinung sein soll. Dafür ist der Bau, allerdings nicht von Einsingerleuten herrührend, um so imponierender. Also nur kein Reid, wer hat, der hat!

Schwidrig. Wie Notstandsarbeiter behandelt werden. Über die elende Lage der schweidriger Notstandsarbeiter ist schon genug gesagt worden. Aber daß es noch Leute gibt, die verstanden, aus den ausgehungerten und bereländeten Proleten noch das Letzte herauszupressen, das kommt nicht überall vor.

Zu den größten Feinden dieser Art gehört der Verarbeiter Schupner vom schweidriger Stadtbauamt. Schon zur Gemüte als Antreiber bei den Wflchtarbeitern bekannt, so treibt er's jetzt noch viel schlimmer. Rücksichtslos werden die Notstandsarbeiter fast wie Sklaven angetrieben. „Los, los, wir müssen was schaffen, wir sind doch nicht zum Vergnügen hier!“ usw.

Als dieser Tage ein Sugschlicher nicht sozial leistete, brüllte Schupner: „Ihr anderen müßt für den Fall mitarbeiten, hau' ihm, doch die Wampe voll.“ Sogar Kollegen vom Bauvertrahnd mußten sich ins Mittel legen, denn wer sich von den Notstandsarbeitern vermautet, wird von Schupner zur Reibung gebracht.“ Resultat ist dann Entlassung. Hoffentlich bekommt nun Schupner bald von der schweidriger Arbeiterfront die gebührende Antwort.

Mehrere Kommunisten

Schwidrig. Der Bürgerblock in Räten. Am 29. Mai (also die mit Spannung erwartete 1. Stadterordnetenitzung) hat die Sitzung war vollständig überfüllt, auch die Kripo war vertreten. Das Stadtoberhaupt hat, auch sehr zur „gut und sachlich“ zusammenarbeiten. Man schließt nun zur Verpflichung. Genosse Schubert als Fraktionsführer gab folgende Erklärung ab: „Wir Kommunisten fühlen uns durch den Handlung zu nicht verpflichtet, für uns gibt es kein Gehalt, alles, was wir unseren Wählern öffentlich offenbaren. Wir gehen ins Stadtparlament, um als Kommunisten rücksichtslos im Kampf zu führen bis aufs Messer.“ So

manches bürgerliches Schmeichelein schüttelte bei dem Bericht entlegt den Kopf. Die nun folgende Vorstandswahl hat bei entsprechenden Rechtmäßigkeit (20 zu 10) aus.

Nach einigen formellen Angelegenheiten sollte Schupf sein worauf eine ertregte Schöffordnungsdebatte, die sich schließlich zu Tumulten eskalierte, entband. Jendrosch greift die Debatte an der auch SPD-Deute (sagt) eingreifen, ins verblühte über und durch die störenden Zwischenrufe der deutsch-nationalen einsteht Darm und Tumult. Es wird gebrüllt, die Debatte zu räumen, aber leider, wo schnell Schupf parolent.

Freiburg. Die Tätigkeit des blutigen Kommissars ist schon mehrmals Gegenstand des Kritik gewesen. Der Herr läßt es sich angelegen sein, seine Tätigkeit an einem Keinen Schöbern zu betreiben, gegen den Oberbürger:

Die Ketten hängt man, die Ketten nicht man lassen.

Wir erinnern nur an sein Vorgehen gegen den Arbeiter den Tummel. Auch vorige Woche hat er wieder ein öffentliches Vergessen. Ein alter Mann kommt aus einem Haus. Der kriminalistische Scherz des Kommissars glaubt nun entsetzt zu haben, daß der arme Schöber gebettelt hat. Er stellte ihn zur Rede und als ihm geantwortet wurde, daß nicht gebettelt worden sei, geriet er bei allen Mann auf die Wache und zwar sagte er so leistung zu, daß der Mann zu Boden fiel. Mehrere Frauen, die den Vorgang beobachteten, waren über die Handlungsweise des Polizeioberhauptes sehr empört. Als eine mittelaltige Seele dem Manne aufhelfen wollte, schrie sie der Polizeigewaltige an:

Machen Sie, daß Sie das Kommissar in der Kommissar von Freiburg und wach, was ich zu tun habe!

Tamohl, er hat es immer gewünscht, was zu tun ist, wenn es gilt, gegen die Arbeiter vorzugehen. Wir erinnern nur an den 1. Mai. Auf der anderen Seite hingegen ist man immer a. B. gegen die Hakenkreuzler. Nach Ihren Veranlassung um 11 Uhr abends, ziehen sie geschlossen durch die Straßen, kein Volkst, kein Nachwachter ist zu sehen, Arbeiter sieht die Dehrel

Hagenfels. Christliche Erziehungslehre. An den Pranger! Der Wahlsieg der Kommunistischen Partei scheint so manchem Oberster auf die Nerven gefallen zu sein. Um sich nun zu rächen, tut man es den Kindern unserer Parteigenossen an. Der Befreier Vanger, nebenbei Hausbesitzer, lag, daß die Zungen auf dem Nachschauwege mitemit Gummiballen machten. Er ging hin und gab dem Jungen unseres Genossen Battell eine Ohrfeige, daß am Abend als der Vater aus der Arbeit kam, die Wange noch geschwollen war und der Junge bis heute noch im Schlafe dauernd phantasiert. Als nun Genosse Battell sich beim Rektor darüber beschwerte und dieser famole Erziehungslehre ebenfalls gab, gab ihm Battell die richtige Antwort. Die Folge davon ist, daß unser Genosse einen Termin wegen tätlicher Beleidigung bekam. Auf dem Ausfall bestehen darf man getrost sein. Das nennt man in der hiesigen Stadt „Christliche Erziehung“!

Wir werben dies Vorfälle alle hübsch notieren und mit dieser Sorte von Erziehern ein ernstes Wort reden, sobald die Gelegenheit sich dazu bietet. Mögen sich die Herren in acht nehmen. Die kommunistischen Eltern sind nicht gewillt, ihre Kinder der Raube von Prügelpädagogen auszuliefern.

Bereitwillig für den genannten Text: Robert Schäff, Breslau. Inverale: Max Bischer, Breslau. — Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Umtliche Bekanntmachung von Dittersbach.

Bekanntmachung.

Betr. Heberolle der land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung für 1923.
Die Heberolle für die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung liegt vom 3. bis 17. Juni 1924, während der Dienststunden, in Zimmer Nr. 10 der hiesigen Verwaltung zur Einsicht der Beteiligten aus.

Gegen die Beitragsberechnung steht den Unternehmern dieser Betriebe binnen einer weiteren Frist von 2 Wochen, unbeschadet der Verpflichtung zur vorläufigen Zahlung, das Einspruchsrecht bei dem Stationsvorstand, Kreisamt Dittersbach, zu.

Dittersbach, den 31. Mai 1924.
Der Gemeindevorstand.

Berichtungs-Kalender.

Vreslau. Dienstag, den 3. Juni, abends 7.30 Uhr, im „Roten Löwen“, Kupfergasse, über die wichtigsten Ereignisse der Weltgeschichte.
Mittwoch, den 4. Juni, abends 7.30 Uhr, im „Roten Löwen“, Kupfergasse, über die wichtigsten Ereignisse der Weltgeschichte.
Donnerstag, den 5. Juni, abends 8 Uhr, im „Roten Löwen“, Kupfergasse, über die wichtigsten Ereignisse der Weltgeschichte.
Freitag, den 6. Juni, abends 7 Uhr, im „Roten Löwen“, Kupfergasse, über die wichtigsten Ereignisse der Weltgeschichte.
Samstag, den 7. Juni, abends 6 Uhr, im „Roten Löwen“, Kupfergasse, über die wichtigsten Ereignisse der Weltgeschichte.

Wohnungstausch

Breslau—Kosel bei Breslau
Tausche meine 2-Zimmer-Wohnung nebst Küche u. Zubehör, elektrisches Licht, Stallungen, Gartengarten, Obstbaum, gegen 2 oder 3-Zimmer-Wohnung in Breslau (Zentrum oder Vorstadt). Anfragen an die Expedition d. „Pioniers“ od. an Frau, Reichsstr. 78.

Die billigste Zigarettenquelle für die arbeitende Bevölkerung ist und bleibt das
Zigarrenhaus Schwarz & Comp.
Hindenburg, Bahnhofstraße Nr. 4.
Besuchen Sie bitte die 3 Schenken.

Billigste und äußerst reiche Bezugsquellen für
Uhren, Juwelen, Gold- und Silberwaren.
Spezialität: Gelegenheitskäufe.
Curt Jacobowitz, Gleiwitz, Wilhelmstraße 55
N. Jacobowitz, Beuthen, Tarnowitzer Straße 11.
Niederlage der Schweizer-Uhren-Industrie. — Gest. 1903.

Ein Versuch
überzeugt Sie von der Güte und Preiswürdigkeit meiner allgemein bevorzugten
Rauchtabake
Täglich Anerkennungen
Trotz Aufschlag liefert zu folgenden billigen Preisen:
1a Kanarienschmuck das Pfund 1,50 Mk.
1a Holl. Mischung „ „ 2, „
1a Hebersee Gemischt „ „ 2,50 „
Versand per Nachnahme
Bon 3 Pfund an franco!
H. Braun, Bruchsal (Baden)
Wo interer man am ?
Wo vorteilhaftesten ?
Nur in der „Schles. Arbeiter-Zeitung“!

29. Mai bis 15. Juni 1924
in Breslau, Ausstellungsgebäude, Südhalle
Schlesische Wanderausstellung Mutter und Säugling
veranstaltet durch die Wohlfahrtsverbände Breslau, Górlitz und Grünberg in Schies.
Regelmäßige u. außerordentliche Führungen sowie Sondervorträge
Dienstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr:
„Verhütung und Bekämpfung der Infektionskrankheiten im Säuglings- und Kindesalter“
Vortragender: Herr Dr. med. Leichtenritt.
Mittwoch, den 4. Juni, abends 8 Uhr:
„Die natürliche Ernährung des Säugling“
Vortragender: Herr Dr. med. Eckhardt
Donnerstag, den 5. Juni, abends 8 Uhr:
„Pflege und Ernährung des Säugling“
Vortragender: Herr Sanitätsrat Dr. med. Hecke!
Freitag, den 6. Juni, abends 7 Uhr:
„Geschlechtskrankheiten und Frauenleiden“
Vortragender: Geh. Med.-Rat Herr Prof. Dr. Asch
Mittwoch, den 11. Juni, abends 5 Uhr:
„Geschlechtskrankheiten bei Kindern“
Vortragender: Herr Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Jadassohn
Donnerstag, den 12. Juni, abends 5 Uhr:
„Das kranke Kind im Lichte der Vererbungserforschung“
Vortragender: Herr Dr. med. et. phil. J. Baron
Freitag, den 13. Juni, abends 7 Uhr:
„Vorbereitung u. Durchführung einer glücklichen Geburt“
Vortragender: Herr Prof. Dr. H. Käster
Sonntag, den 14. Juni, abends 7 Uhr:
„Zahnkrankheiten im Säuglingsalter“
Vortragender: Herr Dr. med. Weigert
Geöffnet tags 9-3 Uhr. Eintritt 50 Pfg., Vereine usw. 30 Pfg.
Führer durch die Ausstellung 1.— Remenmark
Geschäftsstelle: Breslau 3, Martinstr. 7
Tel. 016 781. Postfach 1000, Breslau Nr. 4110

Produktiv-Genossenschaft
für die Provinz Schlesien
e. G. m. b. H.
Breslau
Trebnitzer Straße 30
Abteilung:
Buchdruckerei
Sie lassen bei der Buchdruckerei:
Programme
Statistiken
Briefbogen
Plakate
Rechnungen
Zugblätter
kurz alle Drucksachen für:
Private
Vereine u. Behörden

Wir empfehlen:
Die Totengräber Deutschlands Pr. 1.—
Lenin von Sinowiew „ „ 1.—
Pfaffenstier, geb. „ „ 3,50
Spartakusbriefe „ „ 1.—
Das Maß ist voll „ „ 0,30
Marxism. u. Sozialisierungstheor. 1,30
Deutschland eine Kolonie von Pawlowski Preis 0,50
Metall der Toten, brosch. Roman 3,50
Terrorismus und Kommunismus von L. Trotzki 4,50
Der Krieg und Internationale von L. Trotzki 0,25
Das Kapital von Karl Marx 3,50
Massenstreik v. Rosa Luxemburg 1,40
Die Rebellen von P. E. Lybalko 1,80
Die Lehren des Bürgerkrieges von L. Gussow 2,50
Der Aufbau der roten Armee in der Revolution von Antonow-Owsejensko 0,75
Produktiv-Genossenschaft
für die Provinz Schlesien
e. G. m. b. H.
Breslau, Trebnitzer Strasse 54
Abt.: Buchhandlung.

Befonders billig!
Blusen Kleider Röcke
Frauen- und Männerwäse
H. Fuchs
Friedrich-Wilhelmstraße 31

Achtung, Jugendgenossen!
Warum lest Ihr nicht Eure kommunistische Jugendliteratur ? ? ?
Regelmäßig erscheinen im Verlag der Jugend-Internationale und sind zu beziehen durch die Abteilung Buchhandlung unserer Genossenschaft:
Jugend-Internationale
Kampfgorgan der Kommunist. Jugend-Internationale
Preis pro Heft Mk. 0,25
Internationale Jugendskorrespondenz
Eine Ergänzung der „Jugend-Internationale“ mit wichtigem Informationsmaterial
Preis pro Heft Mk. 0,05
Das proletarische Kind
Internationale Monatschrift für kommunistische Pädagogik — Mitteilungsblatt für Kindergruppenleiter, Eltern und Lehrer
Preis pro Heft Mk. 0,15
Hente noch mußt Du bestellen, wenn Du als Jugendgenosse ernst genommen werden willst und wenn Du den Willen hast, Dich fortzubilden!

Schallplatten
Bergmann
Spezialgeschäft — Tansozentrale
Karlplatz 1, II. Ebg.
Schallplatten 1,20, 2,00 und 2,50
Beste Abnahmen stets vorräthig.
Tausche auch jede spielbare Platte in eine andere bei Zahlung von 25 Pfg.

Achtung!
Rasierer, Haarschneiden
Paul Volkmer
Strichberg, Wilhelmstr. 14, I. Ebg.
Betreiber unter Ladenschein.

BEUTHEN

Hugo Schüftan

Beuthen O.-S.

Bekannt grosse Auswahl
und billige Preise in

Damen-Konfektion
Kleider-Stoffen
Seiden / Leinenwaren
Bardinen / Teppiche / Liniertstoffe

Mäntel, Kostüme, Kleider
Blusen, Röcke
kaufen Sie stets preiswert
im Spezialgeschäft

Hans J. Pagel

Gleiwitzer Straße 22

Herren- und Knaben-Garderobe
fertig und nach Maß, Wäsche, Hüte, Herren-
artikel kaufst Du billig und reell bei
L. Prager, Beuthen OS., Krakauerstr. 21
Genossen erhalten Extravergünstigung
Straßenbahnvergütung und 5% Rabatt

S. Pinkus / Beuthen OS.

Tarnowitzer Straße 36 Telefon 1247
Leder und Lederwaren

Schuh-Haus

M. Blumenfeld

Tarnowitzer Str. 20

Siehe diese Anzeile

Schuhwaren aller Art
zu vorteilhaften Preisen

Max Pollack & Co.

Kurzwaren - Strümpfe - Trikotagen
Engros **Beuthen OS.** Export
Ring 18, Eingang Krakauer Straße.

Zigarren-Haus

Albert Fox

BEUTHEN O.-S.
Tarnowitzer Str. 42

Buchdruckerel

Produktiv- Genossenschaft

für die Provinz Schlesien
e. G. m. b. H.
Breslau, Crebnitzer Str. 50

Spezialhaus

für Wollwaren

Inh. Friedr. Freund
Telefon 387 :: Tarnowitzer Str. 48
Grosses Lager in Strümpfen
Trikotagen und Wollwaren

M. SKRZYPCZYK, Beuthen OS.

Ring 22

Ring 22

Spezialhaus für moderne Herren- und Knaben-Bekleidung

Markus Baender

Gebrüder

G. m. b. H.

Beuthen • Ring 23
Damen-, Backfisch- u. Mädchen-
Bekleidung :: Wäsche aller Art
Kurzwaren, Besätze, Spitzen
Trikotagen :: Handarbeiten

Reserviert

R. Altmann Nachf.

Beuthen O.-S.

Ring 9/10, Eingang Schloßhausstr.
Weiss- und
Wollwaren

Kaufhaus

Joh. Reinbach

BEUTHEN, Gleiwitzer Str. 4

Weiss-, Woll-,
Kurz- u.
Mode-Waren

W. Böhm

Bahnhofstraße 15

Grösstes Etagengeschäft am Platze

Billigste Bezugsquelle für
Mäntel, Kostüme und Kleider.

Ruth Cohn Nachf.

Krakauer Straße 27

Weiß-, Wollwaren Trikotagen

— Billigste Einkaufsquelle.

Glück Auf

das Haus der billigen

Damenhüte

Beuthen, Ring 6.

*Beachtet bei allen
Einkäufen immer
unsere Inserenten!*

Warenhaus Gebr. Barasch

G. m. b. H.

Beuthen OS.

Beste Bezugsquelle

für sämtliche

Bedarfs-

Artikel

Leder
und
Schuhmacher-
Bedarfs - Artikel

Emanuel Pinzowet

Tel. 3003/3004 - Ring 13

Walter & Co.

BEUTHEN OS.

Kaufhaus größten Stils für Herren- u. Knaben-Bekleidung

Schokoladen und Zuckerwaren

kaufen Sie gut und billig bei

S. KOPLOWITZ

Beuthen, Tarnowitzer Strasse 7

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer,
Gastwirte, Händler und Hausierer

Arnold Langer, Beuthen OS.

Gleiwitzer Straße 26 (früher Königshütte)

Täglicher Eingang von Neuheiten in Kostümen, Mänteln, Kleidern, Blusen u. Backfisch-Konfektion

Johannes Teichmann

BEUTHEN O.-S., Gleiwitzer Straße 1-2

Woll- und Kurzwaren Damen- und Herrenwäsche Trikotagen Strumpfwaren

August Szeponik

Beuthen O.-S., Dyingosstraße 39

Telefon 592
Kaufhaus ersten Ranges
für moderne
Damen- und Kindergarderobe,
Kleiderstoffe, Wäsche, Gardinen,
Ausstattungen

Wittner & Gadiel

BEUTHEN OS.
Gleiwitzer Straße 1-2

Manufaktur • Mode — und — Damen-Konfektion

JOS. ELLGUT

Beuthen OS. / Tarnowitzer Straße 20

Spezialgeschäft in Weißwäsche Trikotagen, Leinen- u. Wollwaren

Handgearbeitete Schuhwaren

kaufen Sie am besten und billigsten im
Kommissionshaus Merkur
Gartenstraße 26, am Bahnhof.

Arthur Schleimer

Beuthen

Strumpfwaren

Handschuhe Engros

Krakauerstr. 29

C. Nohl

Tarnowitzer Straße 11

Zigarren

Zigaretten • Tabake

Moritz Schüftan, Beuthen OS.

engros Weiß-, Wollwaren, Trikotagen endetail
Tel. 2164 Bahnhofstraße 2 Tel. 2164

Handelsgesellschaft für Webwaren

BEUTHEN OS., Tarnowitzer Strasse 6

Wachstuche - Linoleum

Kinderwagen - Ledertuch

Buchhandlung

Produktiv- Genossenschaft

für die Provinz Schlesien
e. G. m. b. H.
Breslau, Crebnitzer Str. 50

Die Beschlüsse der oberchlesischen Betriebsräte.

(Eigener Bericht.)

Die am 31. Mai 1924 tagende vollbesetzte Betriebsratsvollversammlung des oberchlesischen Kampfbundes ersahle nach gründlicher Aussprache folgenden Beschlüsse:

Der Generastreik geht einig und geschlossen weiter. Die Hoffstandsarbeiten im Bergbau und in der Metallindustrie werden eingestellt.

Arbeiter, Arbeiterfrauen, arbeitende Jugend! Nebt Solidarität, haltet strengste Kampfdisziplin!

Es lebe der Achtstundentag!

Weiter wurde beschlossen, Telegramme in das Ruhrgebiet und nach Mitteldeutschland zu senden mit der Aufforderung, trotz Sonderverhandlungen und Schiedsgericht im Kampf geschlossen anzuhalten, und die Forderung der zentralen Verhandlungen auf der Basis: Siebenstundenschicht im Bergbau, Achtstundentag für Metallindustrie, 30 Prozent Lohnerhöhung für beide Gruppen aufrechterhalten.

Nach gründlicher Aussprache, an der ein Vertreter des Ruhrgebietes teilnahm, wurde mit überwältigender Mehrheit von den Betriebsräten konstatiert, daß die Tarifgemeinschaften (Arbeitsgemeinschafts-Gewerkschaften) des Ruhrgebietes:

- 1. die Forderung der Siebenstundenschicht;
2. die Forderung der zentralen Verhandlungen verweigern haben und
3. offen und verdeckt die Annahme des letzten Schiedsspruches propagieren.

Das bedeutet den klaren Verzicht, die Einheitsfront von Ruhr bis Oberschlesien zu zerbrechen. Die Gewerkschaftsbürokraten versuchten in Berlin mit allen Mitteln, aus dem Kampfe um den Achtstundentag eine Sprozentige Lohnbewegung zu machen. Christen und freie Gewerkschaften behen nicht nur im Ruhrgebiet gegen Union und Betriebsräte, sie haben es nicht für nötig befunden, sich vor den Verhandlungen in Berlin mit Oberschlesien in Verbindung zu setzen, um desto ungestörter ihre verbrecherische Zerstückelungsarbeit zu betreiben.

Die Betriebsratsvollversammlung stellte noch einmal fest, daß der

Kampf um den Achtstundentag ein politischer Kampf gegen Rechtsdiktatur, Reichstag, Staatsapparat, Landräte, Schulen und Unternehmertum ist.

Mit Entrüstung nahmen alle Betriebsräte zur Kenntnis, daß die Regierung und der Schlichter sich weigern, zur Verhandlung die Zentralstreikleitung und die Union, hinter der 70 Prozent der Arbeiter stehen, zuzulassen. Die Betriebsräte lehnten die vom Schlichter ausgesuchten 5 Gewerkschaftsvertreter ab und wählten eine Verhandlungskommission, bestehend aus der Zentralstreikleitung, der Union, dem Bergarbeiter- und Metallarbeiterverband.

Ohne Union und Zentralstreikleitung dürfen keine Verhandlungen geführt werden.

Nach jeder Verhandlung nehmen die Betriebsräte zur Situation Stellung. Grundlage der Verhandlungen bilden die Streikforderungen. Die Parole lautet: Achtstundentag (Siebenstundenschicht) und 30 Prozent Lohnerhöhung.

Der Kampf wird verschärft weitergeführt, Streikbrecher, Technische Notdienste und Faschistenbanden werden niedergelämpft.

An den Reichstag und die gesamte Öffentlichkeit richten wir die Parole:

Sinweg mit dem Ausnahmezustand! Heraus mit den politischen Gefangenen!

Die klüglichen Versuche der oberchlesischen Gewerkschaftsbürokraten, eine Kommunistenhege zu entfachen, sind vollkommen an dem Widerstand der Massen gescheitert.

Interessant waren in diesem Zusammenhang die Redenarten des Bergarbeiter-Verbands-Sekretärs Franz, daß das Gewerkschaftshaus nicht mehr für kommunistische Streikveranstaltungen hergegeben wird und daß die Gewerkschaften keine kommunistischen Flugblätterverteiler im Gewerkschaftshaus dulden werden.

Dieser offene, ungeschickte Versuch, sich auf diese Art aus der unangenehmen Kampfsituation loszulösen und eine eigene Streikleitung zu bilden, scheiterte ebenfalls. Die Versammlung entschied so:

Wer bis zum Ende mitkämpfen will, der bleibt bei den Betriebsräten und folgt sich ihren Beschlüssen!

Wer davon läuft und versucht, den Kampf zu sabotieren, dessen Organisation ist in diesem Augenblick bei den oberchlesischen Arbeitern vernichtet und erledigt. Schluss mit der Kommunistenhege. Das Vertrauen gegen den drohenden Verrat der Christen und Sozialdemokraten ist zerbrochen und schund. Der Kampf geht weiter!

Zum Schluss wurde noch bekannt gegeben, daß das tschechische Proletariat alle Kohlentransporte verbünden wird und Sammlungen veranstaltet. Ferner, daß die MAS mit Hilfe der russischen Arbeiter weitere 10000 Brote verteilt.

Solidaritätsaktion des tschechischen Proletariats.

Aufruf der internationalen Konferenz.

Am 28. Mai 1924 hat in Wschmisch-Perpa eine Konferenz von Vertretern der deutschen und tschechoslowakischen Bergarbeiter und Eisenbahner, sowie der SPD, und der KPD, stattgefunden.

Die Konferenz hat die durch den Streik der deutschen Bergarbeiter geschaffene Lage in Deutschland und in der Tschechoslowakei einer eingehenden Prüfung unterzogen. Es waren anwesend die allen im Kampfe stehenden Bergarbeiterorganisationen angehörenden Bevollmächtigten der Streikleitung und Reduzierte, des oberchlesischen, sächsischen und Ruhrgebietes. Ferner die Vertreter der tschechoslowakischen Bergarbeiter und Eisenbahner, sowie der Zentrale der SPD, und der KPD.

Die Konferenz stellte fest, daß die durch den Bergarbeiterkampf entstehende Lage außerordentlich ernst ist und daß

die deutschen Bergarbeiter trotz der Riesenufer, die sie bereits nicht nur im eigenen Interesse, sondern für die Sache des gesamten Proletariats gebracht haben, entschlossen sind, den Kampf mit dem Aufgebote aller Kräfte fortzusetzen.

Allerdings bedürfen sie, um ihr Kampfsziel, die Abwehr des brutalen Angriffes ihrer Ausbeuter auf die Arbeitszeit zu erreichen, der Unterstützung des internationalen und vor allem auch des tschechoslowakischen Proletariats, insbesondere aber der tschechoslowakischen Bergarbeiter und Eisenbahner.

Die Konferenz richtet daher an alle Bergarbeiter der Tschechoslowakei ohne Unterschied der politischen und gewerkschaftlichen Richtung den Appell, unverzüglich, trotz der offensivkundigen, durch die sozialdemokratische Presse bedeckten Versuche der tschechoslowakischen Kapitalisten, ihren reichsdeutschen Ausbeutern zu Hilfe zu kommen, trotz der Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsführer alle Maßnahmen zu treffen, die zur restlosen Verhinderung der Lieferung von tschechischer Kohle nach Deutschland erforderlich sind.

Sie fordern weiter die gesamte Arbeiterschaft der Tschechoslowakei, Männer und Frauen, auf, sofort durch große öffentliche Kundgebungen und Demonstrationen den gewaltigen Kampf des deutschen Bergproletariats zu unterstützen und dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie zu jeder Solidaritätsaktion und praktischen Hilfeleistung bereit ist und es für ihre Pflicht hält, im äußersten Falle auch zum Mittel des Streiks zu greifen, um an der Erreichung des Sieges im deutschen Bergarbeiterkampf mitzuhelfen.

In allen Teilen der Tschechoslowakei, in Schächten, Fabriken und Werkstätten sind unverzüglich Sammlungen einzuleiten, um eine großzügige materielle Förderung des Kampfes der deutschen Bergarbeiter zu sichern.

Arbeiter und Arbeiterinnen der Tschechoslowakei! Auf zur praktischen Solidarität für eure kämpfenden Brüder in Deutschland!

Es lebe der heldenmütige Kampf der deutschen Bergarbeiter!

Nieder mit dem internationalen Ausbeutergesindel!

Die Internationale Konferenz.

Zu deiner Schwindel.

Schmied hat neue Nahrung gegen die KPD. Die Leiche eines Schülers ist bei Berlin im Walde verfault gefunden worden. Sie soll eine Schußverletzung aufweisen; auf der Brust soll mit einem Taschenmesser ein Zettel befestigt gewesen sein, der „in ungelenten Zügen“ folgende Worte enthalten soll: „Tot der Faschisten. Das Exekutivkomitee der KPD. Erledigt am 26. 5. 24.“

Höher geht der Blödsinn nimmer. Dieser Schwindel ist zu dämlich, um geglaubt zu werden. Aber macht nichts! Vielleicht kann doch ein wenig Klatsch gegen die KPD. gemacht werden. Wer es allerdings glaubt, dessen Gehirn ist eine Mischung von Abseilung 1a, Mischgroßschlingenphantasie und ähnlichem Mist.

Aber es paßt in den Kram. Es paßt zur Hege gegen die Kommunisten, es paßt für die Absichten der politischen Erneuerer, die in solchen Dingen allerdings entschieden gewandter sind, als sich das beste Spitzelhirn ausmalen kann. Die Sache riecht oberfaul. Ist nicht erst vor kurzer Zeit ein ähnlicher Mist aufgedeckt worden, wo ein völkischer „Kamerad“ den anderen „anlegte“ und ihm nachher die Verfassungen stahl? Uns scheint, daß unter jenen tüchtigen jungen Selben der Mörder zu suchen ist.

Aber keine Angst! Die ach so schnelle und weise Polizei wird so frage, wenn es Faschisten zu „bestrafen“ gilt. Keim Angst, Ihr Herren faschistische Würdler! Man wird Euch nichts tun! Der Schwindel aber blüht lustig weiter.

Die Tinte dieser Meldung war noch nicht trocken, da sind die „Täter“ schon verhaftet. Es bewährte sich, was wir sagten. Es sind völkische Säugetiere. Über der Schwindel wird nur langsam abgedreht. Von den 3 Verhafteten wird festgelegt, daß einer dem deutschnationalen Jugendbund angehört, während man „von dem anderen noch nicht weiß, ob er nicht in kommunistischen Kreisen betätigt hat“.

Die Unterstützung der Bergarbeiter - Die 4. große Aktion der MAS.

Die Korrespondenz der MAS schreibt uns Ende letzten Woche:

Das Zentralkomitee der MAS hat die Hilfsaktion für die Bergarbeiter als die vierte große Hilfsaktion der MAS bezeichnet. Die erste war die Hilfe für Rußland, die zweite die Hilfe für Japan, die dritte die Hungerhilfeaktion für Deutschland im verlosenen Winter, die vierte nun die Bergarbeiterhilfe.

In alle internationalen Komitees sind Anträge ergangen mit allen Kräften diese Aktion zu unterstützen. Aus Rußland sind bereits Mittel eingetroffen, die es ermöglicht haben, die Hilfsaktion großzügig mit Speisung und Lebensmittelverteilung einzuleiten. Amerika, England, Frankreich, Tschechoslowakei, sie alle haben den ganzen Apparat der MAS für die Hilfe der Bergarbeiter mobilisiert. Aus Frankreich sind Lebensmittel eingetroffen. Belgien kündigt Geldsendungen an, ebenso England und Amerika.

In Deutschland fand eine Konferenz der Landesauslässe statt, die beschloß, vor allen Dingen die Kinderhilfeaktion vorwärts zu treiben.

In Chemnitz wurden bereits über 500 Kinder aus dem Lugau-Deisniger Gebiet untergebracht.

Mitteldeutschland erklärt sich bereit, in kürzester Frist 500 Kinder unterzubringen.

Thüringen, Baden, Hessen, Hannover leiten eine Aktion ein, um für Kinder Freistellen zu schaffen. Bisher beläuft sich die Zahl der Meldungen auf über 500 aus diesen Provinzen. Schließen führt eine besondere Aktion durch für die schlesischen Bergarbeiter. Die Transporte werden im Laufe der nächsten Woche einen größeren Umfang annehmen können, da die Vorarbeiten soweit gediehen sind.

Wie die englischen Gewerkschaften ihre deutschen Kollegen überzeuhen.

In England fand ein Kongress der MAS statt, auf welchem die Mitglieder der Gewerkschaften erklärten, daß sie sich auf Grund von Spitzelmaterial zu einer Diskussion nicht verhalten würden. In der angenommenen Resolution heißt es u. a.:

„Das Komitee stellt fest, daß es keine Politik nehmen kann von Unwürden gegen die MAS, die aus dem Material der deutschen Polizei stammen.“

Das ist in der Tat eine ebenso höfliche wie energische Antwort der englischen Gewerkschaften auf die verlogene Broschüre des KPD, in der auf Grund des erwählten Spitzelmaterials mit Hilfe der gewerkschaftlichen Mitgliederbeiträge eine infamte Hege gegen das Wirken der MAS in Szene gesetzt wird.

Mitglieder des Komitees sind B. S. Walker, A. Parcell, T. Cramp, Julia Parley, Dr. Ethel Beutham, Robert Williams, Nationale Union der Ländarbeiter, Vereinigte nationale Union des Möbelhandels, Nationale Union der Eisenbahner, Transportarbeiter-Vereinigung.

Für die Enteignung des Zechenkaptals und die Siebenstundenschicht.

Forderung der Kommunisten im Reichstag.

Im Reichstag ist der folgende dringende Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion (Maslowski und Genossen unterzeichnet) eingegangen, dessen sofortige Behandlung die kommunistische Reichstagsfraktion erzwingen wird:

Die kommunistische Reichstagsfraktion fordert die sofortige Enteignung aller Zechen- und Bergwerksbesitzer ohne Entschädigung und Nationalisierung aller Kohlengruben im Reiche. Die Arbeiter und Angestellten übernehmen selbst die Kontrolle und Leitung der Produktion.

Der augenblickliche Kampf der Bergarbeiter im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und Sachsen ist der erste Kampf gegen die internationalen Verfassungskomitee der Sachverständigen und zugleich der Beginn des Kampfes des gesamten deutschen Proletariats um die Auktorisierung des Achtstundentages. Bevor das Hauptziel der Nationalisierung aller Kohlengruben erreicht, fordert daher die kommunistische Fraktion des Reichstages als nächste Maßnahmen:

Der Reichstag wolle beschließen:

Zur Unterstützung der in Rheinland-Westfalen, Sachsen und Oberschlesien im Kampfe gegen die Grubenkapitalisten stehenden Bergarbeiter werden folgende Maßnahmen getroffen:

- 1. Die Arbeitszeit aller Bergarbeiter wird auf 7 Stunden unter Tage und 8 Stunden über Tage mit sofortiger Wirksamkeit festgelegt; Überstunden werden gesetzlich verboten.
2. Die von den Bergarbeitern einmütig verlangte Lohnerhöhung von 30 Prozent ab 15. April ist als verbindlich zu erklären.
3. Alle ausgefallenen Schichten werden nach diesem Lohnsatz bezahlt.
4. Alle Zechenbesitzer haben unter Einhaltung der unter Absatz 1 und 2 festgesetzten Arbeitsbedingungen ihre Betriebe sofort wieder zu öffnen und die Produktion weiter zu führen.
5. Alle erwerbsfähigen Bergarbeiter werden in den Produktionsprozess eingereicht.
Die Reichsregierung wird verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß diese Maßnahmen, insbesondere auch auf den kassierten Zechen Breckens und Sachsens sofort durchgeführt werden.
6. Alle Besitzer von Bergwerken, Zechen und die ihre Betriebe zu den bezeichneten Bestimmungen nicht sofort öffnen

werden unter der Woche der Arbeiter mit sofortiger Wirkung ohne Entschädigung enteignet. Ihre Betriebe in Reichsbau bezogen und weiter geführt.

7. Die Gemeinden im Ruhrgebiet, Sachsen und Oberschlesien werden verpflichtet, den kämpfenden Bergarbeitern und ihren hunderttausenden Familien die weitgehendste Unterstützung zu sichern und alle Maßnahmen zu treffen, den Kampf der Bergarbeiter zu erleichtern.

8. Zur Unterstützung der kämpfenden Bergarbeiter beschließt der Reichstag den Betrag von 100 Millionen Goldmark.

9. Jegliche Verwendung von Polizeikräften gegen die kämpfenden Bergarbeiter wird verboten.

10. Alle Maßregelungen (Entlassungen, Bestrafungen usw.) der kämpfenden Bergarbeiter sind verboten.

11. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und der Reichsbeamtenrat Weichelt, die durch ihre kapitalistischerfreundliche Politik in erster Linie die Entrechtung der Bergarbeiter herbeigeführt haben, und nur gegen die Bergarbeiter gerichtete Schiedsprüche gefällt haben, haben sofort zurückzutreten.

Berlin, 27. Mai 1924.

Der Schrecken fuhr ihnen in die Glieder.

Die Berliner „Börsezeitung“, dieselbe, die einst den Arbeiter-Massenmord des Sozialdemokraten Koste mit dem jubelnden Ruf begleitete: „Die Effektenbörse fliegen wieder“, schreibt zum Kampf der Ruhrkämpfer:

„Auser weltliches Indutriegetriebe ist schon in letzterem Maß. Der Kampf im Bergbau broht weiter zu schen, da die Arbeiter den jüngsten Schiedspruch ablehnen. Die Gefahr der kommunistischen Revolution nimmt gerade im Zusammenhang mit den großen Wirtschaftskämpfen zu.“

Gebering will scharf laden lassen.

Der preussische sozialdemokratische Innenminister Gebering erklärte im Preussischen Landtag in einer Rede gegen die Kommunisten:

„Die Folgen der Kreditnot werden in einer sehr großen Arbeitslosigkeit mitege treten, und da müssen wir uns auf Fälle der Strafe gefaßten.“

Breslau.

Behren für die Betriebsrätebewegung in Breslau.

Aus der letzten Betriebsrätevollversammlung, einberufen von dem 2. Ausschuss der oppositionellen Betriebsräte und Gewerkschaften am 27. 5. und der am 28. 5. tagenden Vollversammlung des A. D. O. B. läßt sich folgende Parallele für die Breslauer revolutionäre Betriebsrätebewegung ziehen.

Ein Teil der Breslauer Parteigenossen, sowie große Teile der unorganisierten Arbeiter sagen stets und ständig: „Die Fachisten und Arbeitervertreter Ruffert und Konsorten, die werden wir nie zum Ziel sagen können! Dieselben verstehen es, große Teile von Arbeitern und Funktionären immer wieder einzuklinken. Auch wird gesagt, daß die Breslauer Arbeiter zu den Faulen u. a. m. gehören, die sich um nichts mehr kümmern und alle Hände grade sein lassen.“

Wenn man die von den oppositionellen Betriebsräten einberufene Vollversammlung und die des A. D. O. B. unter die Lupe nimmt, und zwar unter Berücksichtigung der Stimmung der Arbeiter in den Betrieben, dann müßte man meinen, daß es nicht allzu schwer sei, diese Verräter zum Ziel zu sagen.

Wären unsere Genossen, die noch nicht mal vollständig erschienen waren, nicht in der Versammlung des A. D. O. B. gewesen, so wäre der Besuch derselben weit schlechter gewesen als die der revolutionären Betriebsräteversammlung. In letzterer waren SPD, sowie eine ganze Anzahl parteiloser Betriebsräte anwesend. Die Kampfstimmung war eine gute. Die Versammlung beschloß eine sofortige Einberufung einer öffentlichen Vollversammlung mit derselben Tagesordnung. Der Arbeiterstreik — seine Ursachen — das Sachverständigenurteil. Auf der Tagesordnung des A. D. O. B. vom 28. 5. war 1. Ausschusssprecherwahl zur Ortsratskommission, 2. Die Vorbereitung der Gewerkschaftswahlen. Punkt 1 der Tagesordnung hätte als erledigt gelten müssen, da die Wahlen durch Ruffert und Konsorten, ohne die Arbeiter zu fragen, die Liste eingereicht hatten, welche bis zum 19. 5. erledigt sein mußte.

Sie stellen also die Kollegen bereits vor eine fertige Tatsache.

Einige Funktionäre verlangten deshalb Umstellung der Tagesordnung und zwar als ersten Punkt: „Der Kampf der Bergarbeiter und das Sachverständigenurteil.“

Der Demagoge Ruffert mit seinen Getreuen verstand es, während der ganzen Sitzung mit einer Hege auf die Kommunisten die Situation zu stellen.

Der schlechte Besuch in dieser Vollversammlung und der gute Besuch in der oppositionellen Vollversammlung zeigt uns, daß große Teile der Breslauer Betriebsräte und Funktionäre nichts mehr mit diesen Verrätern gemein haben wollen. Sie wollen Kämpfe führen, haben aber noch nicht begriffen, daß sie durch ihr Fernbleiben den Vollversammlungen des A. D. O. B. Ruffert mit seinen Getreuen immer ermöglichen werden, die Versammlung zu beherrschen. Statt die Reformen zu zwingen, Stellung zu nehmen gegen die erneuerte Versammlungsliste der Industriellen, versuchen sie ihnen ihre Verräterpolitik. Die oppositionellen Betriebsräte werden sich mit diesen Dingen beschäftigen müssen. Hieran an die passiven Betriebsräte und Funktionäre, die durch diese Verräter angeekelt und enttäuscht fernbleiben.

Es ist leider festzustellen, daß unsere Genossen es nicht verstehen, die passiven Betriebsräte in unsere Kampfreihe zu bringen. Dies muß in der nächsten von uns einberufenen Vollversammlung geschehen. Sie werden dort begreifen lernen, daß nur die revolutionären Räte gewillt sind, gegen die Ausbeuterklasse zu kämpfen. Die oppositionellen Betriebsräte müssen ferner mit aller Macht zugehen, sich das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen. Sie in Versammlungen der Unorganisierten zu erklären, ihnen anzugeben, wie sie durch ihre Passivität das Unternehmertum hindern und sie vor die Frage stellen, ob sie gewillt sind, unter Führung der revolutionären Betriebsräte für die Arbeiterbewegung der revolutionären Strömungen zu kämpfen. Unorganisierte Arbeiter gibt es auch bei Ruffert und Konsorten nicht!

In großen Teilen von Betrieben ist ein großer Prozentsatz Arbeiter unorganisiert. Darum muß hinaus, sondern hinaus in die Gewerkschaft, damit sie wieder Kampfinstrumente der Arbeiterklasse werden.

Auf zum Kampf gegen die Gewerkschaftsbourgeoisie Ruffert und Konsorten. Sagt sie zum Ziel, stellt sich auch hinter die revolutionären Betriebsräte.

Rinderelend in Breslau.

Eine Rundfrage an sämtliche Breslauer Schulen, die der Ausschuss für Landbauernhilfe von Stadtkindern veranfaßte, hatte zu folgendem Ergebnis geführt: Von 66 555 Kindern haben kein Frühstück oder Mittagessen erhalten 10 032, nur ein Gebäck haben 2518, nur ein Paar Schuhe haben 16984, nicht zur Schule gekommen sind 1. aus Nahrungsmangel 740, 2. aus Klimamangel 3661, ohnmächtig geworden sind oder andere starke Erkrankungen erlitten haben 738. Nach Neuhebungen der Kestoren sind die tatsächlichen Zahlen bedeutend höher, weil ein großer Teil der Kinder aus Scham Schweigen. Diese Kinder offenbaren nur einen Bruchteil des proletarischen Rinderelends, denn einmal verschweigen die Kinder, wie die Kestoren zu geben müßten, aus Scham ihre Not und ihren Hunger, zum anderen mal müßten wir wissen, wie das Frühstück der 55 000 Schulkinder beschaffen ist. Wir sind überzeugt, daß es in 90 von 100 Fällen in einer schlecht gekleideten Margarinebutter besteht.

10 032 Kinder aber haben kein Frühstück oder Mittagessen.

Gäuglingssterblichkeit und Rinderelend in der kapitalistischen Republik.

Am Himmelfahrtstage wurde auf dem Ausstellungsgelände in Breslau

die Schöne Wanderausstellung „Mutter und Säugling“

eröffnet. Der Zweck der Ausstellung ist, an Hand von Abbildungen, Photographien, Statistiken, Wachmodellen, sowie auch Vorträgen die Wichtigkeit des Kampfes gegen die Säuglingssterblichkeit zu zeigen.

Daß dieselbe in erster Linie sozial bedingt ist, wurde bei den Eröffnungsansprachen von den wichtigsten Rednern betont. Bedinglich die Vorherrschaft des Mutterchubsbundes hob dieses hervor und es wird ein, daß bisher

für die Bekämpfung der Sterblichkeit der ehelichen Kinder sehr wenig getan — für die unehelichen so gut wie gar nichts geschah sei.

Wie furchtbar die Säuglingssterblichkeit und das Rinderelend in Deutschland ist, beweisen folgende, von der Ausstellung geleitete verbreitete Zahlen, die sicherlich noch hinter den Tatsachen zurückbleiben:

1. In Berlin starben von 1000 Säuglingen am Jahre 1916: 119; 1918: 147; 1919: 153.

(Statistische Monatsberichte Groß-Berlin.)

2. Von den Berliner Waisenkinder wies zu Zeiten von Raschke auf: 1903/09: 37,3; 1919: 48,8 Prozent. Bei den Berliner Waisenkinder hatten Raschke in schwerster Form: 1903/09: 6,40; 1919: 13 Prozent.

(Davidsohn, in „Zeitschrift für Kinderheilkunde“.)

In Hörde waren 20 Prozent der untersuchten Kinder rachitisch.

In Darmen konnten von den ein- bis dreijährigen Kindern 20 Prozent rachitisch von Raschke nicht gesehen oder gesehen. In Landsherg a. d. R. werden 40 Prozent der im Alter 1-2) untersuchten Schulkinder als rachitisch oder strotzig bezeichnet.

In der Kinderklinik der Berliner Charité wurden an Raschke beobachtet: 1. 10. bis 15. 11. 1913: 2,1 Prozent, 1. 10. bis 15. 11. 1919: 6 Prozent rachitischer Kinder.

Die Untersuchungen zeigen auch, daß in allen größeren Städten ein Drittel mindestens 50 Prozent aller Kinder rachitisch sind. 21. Untersuchungsstation tritt jetzt viel früher ein als vor den Krieg.

In der Kinderklinik der Berliner Charité wurden an Raschke und Seidenbinderer beobachtet: 1. 8. 1913 bis 15. 11. 1913: 4 Prozent, 1. 8. 1919 bis 15. 11. 1919: 8 Prozent rachitischer Kinder.

In der Berliner Gewerkschule fand man unter 650 Kindern 113 Rachitische.

Der Reich der Stadt Mainz bezeichnet 33 bis 40 Prozent der dortigen Säuglinge als rachitisch, während in Karlsruhe 50 Prozent der Kinder als rachitisch bezeichnet werden.

In Hörde sind zurzeit von 22934 untersuchten Kindern 20 Prozent an Rachitose erkrankt.

Wir Kommunisten fordern die Ausstellung deshalb, weil

Sie flammende Anklage gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung, gegen den kapitalistischen Staat, gegen die Stadt, gegen den feuchlerischen Ruf:

„Rettet die Kinder!“

gegen die bürgerlich-sozialdemokratische Wohltätigkeit und die Bettesuppen die lediglich dazu bestimmt sind, den trügerischen Anschein zu erwecken, daß alles getan wird, was nur möglich ist.

Nehmen wir zu dem aus obiger Statistik hervorgehenden Rinderelend noch die nicht erfasste Summe des häuslichen und gesundheitlichen Elends proletarischer Kinder hinzu, betrachten wir es als feststehend, daß die überwiegende Mehrzahl der Proletarinder am Tage nicht über einen gesunden Aufenthaltssraum, nichts als eine einwandfreie Schlafstätte und ein eigenes Bett verfügt, dann wollen wir, daß eine gewisse Verantwortung, die es mit frühem Tod und Sektum zu büßen hat, daß das Proletariat immer noch nicht die Kraft gefunden hat, die Ausbeuterklasse zum Ziel zu sagen.

Jede proletarische Mutter, jeder proletarische Vater, der seine Kinder lieb hat, ist verpflichtet, alle seine Kräfte in den Dienst der Revolution zu stellen.

das von ihr beigebrachte Material die größte Anklage gegen den kapitalistischen Staat bildet.

Denn eine Gesellschaftsordnung, die in Deutschland jährlich 400 000 Säuglinge im ersten Jahre umkommen läßt, hat ihre Väterberechtigung verloren.

Was die einzelnen Abteilungen der Ausstellung anbelangt, so wird sehr wertvolles Material für rationelle Säuglingspflege, Schwangerschaftslehre usw. beigebracht, die in einem kommunikativen Gemeinwesen fruchtbringend verwertet werden könnten.

Im kapitalistischen Staat sind der Wirkung einer solchen, an sich sehr zu begründenden Ausstellung sehr enge Grenzen gesetzt. Sowas, was in der Ausstellung und den damit verbundenen Vorträgen über Ernährung und Bekämpfung der Infektionskrankheiten, was über Geschlechtskrankheiten und Frauenkrankheiten gelagt wird, müßte von den weitesten Kreisen der Arbeiterklasse — nicht nur Frauen, sondern auch Männer — beachtet werden.

Was dagegen den Schwangerschaftslehre anbelangt, so sind die Proletarierinnen in den weitaus meisten Fällen nicht in der Lage, die ihnen erteilten Ratschläge zu befolgen.

Was nicht es den Arbeiterfrauen, wenn ihnen in dieser Weise durch Plakate geraten wird:

Keine sexuelle Aufregung;

Nicht dünn;

Nicht hagen;

Keine Plakalmahrung wird die schwangere Proletarierin deren Mann Kurzarbeiter, arbeitslos, ausgeperrt oder gar im Haft ist, davon abhalten, sich sexuell aufzuregen, und dadurch die Leibeshöhle zu gefährden.

Wo ist der „Geh“ der Arbeitermutter in den genannten Fällen ersicht? Nichts, gar nichts tut der kapitalistische Staat, um die Stadt für die Arbeitermutter in solchen Fällen.

Man überläßt sie nicht nur der „sexuellen Aufregung“, sondern läßt Mutter und Kind erhaltunglos zugrunde gehen.

Und wenn ferner auf bunten Plakaten gezeigt wird, wie die Schwangere nicht heben und sich bücken darf, so wird die Proletariermutter — die dreifache Bürde als Frau, Mutter, Arbeiterin und Arbeiterin trägt — sie, die das Lasttier der Gesellschaft ist, darüber nur bitter lächeln.

Im übrigen: Die Ausstellung und die damit verbundenen Vorträge müssen von allen Arbeitermüttern besucht werden. Für die laufende Woche sind folgende Vorträge vorgesehen: Dienstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr: „Verhütung und Bekämpfung der Infektionskrankheiten im Säuglings- und Kindalter.“

Mittwoch, den 4. Juni, abends 8 Uhr: „Die natürliche Ernährung des Säuglings.“ Vortragender: Herr Dr. med. Schärder.

Donnerstag, den 5. Juni, abends 8 Uhr: „Pflege und Ernährung des Säuglings.“ Vortragender: Sanitätsrat Dr. med. Fedel.

Freitag, den 6. Juni, abends 6 Uhr: „Geschlechtskrankheiten und Frauenelend.“ Vortragender: Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Wsch. (Siehe auch Inferrat.)

Der Fall Auer

oder der Roman eines politischen Kampfes.

Kritische Zeitschrift der SPD-Fraktion in München. (Spreizung.)

Seit kritischer die militärische Lage wurde, umso mehr fanden es die bayrische Regierung und der König für nötig, den nachschenden antidemokratischen Strömungen in der breiten Masse in Auer einen allerniedrigst ergebenden Betämpfer entgegenzusetzen.

Immer enger wurden die Beziehungen zwischen Auer und den Machthabern. Sie versahen, wie der Krieg selbst, nicht das Kleinlein in der Wiege, und die Kinder Schard Auers, für die vor dem Kriege der König der schwarze Mann war, drückten ihrer Majestät der Königin Schard vortragen. Später fand sie der sozialdemokratische Vater in ein lauthalsches, gut königliches Seminar. Der Herr Papa selbst war geradezu der Leibknecht, andere sagen der „Spreiz“ des Königs geworden, der die Aufgabe übernommen hatte, die der Monarchie und dem ganzen herrschenden System immer gefährlicher werdenden revolutionären Strömungen in der Münchener Arbeiterbewegung von feiner Parkettstellung aus zu überwachen, zu demagogisieren und wiederzupflanzen.

Als die Götterdämmerung der deutschen Kriegspolizei gefahrenbrach an politischen Himmel stand und die Lage nicht nur für die bayrischen Gewalten, sondern auch für den mit ihnen unannehmlich verflochtenen Auer kritisch wurde, galt es unter Ausnutzung des höchsten Gedankens der betrogenen Soldatenmassen ungehört zu sein. Auer hatte mit den bayrischen Militärschicht und Sozialpolitikern Kriegspolizei bis zum Weimarer Frieden getrieben. Entgegen der ihm wohlklingenden Parolen bekannte er noch im April 1918 auf dem bayrischen Landessparatag, daß einzig und allein die Exzente an der Fortsetzung des Krieges läßt sei und daß daher nichts anderes als der Wille zum Siege übrig bleibe. In einer Rätkerversammlung im Oktober erwarnte er sich aber plötzlich gegen den Generalkrieg. Jetzt konnte man auf einmal aus dem Munde Auers wieder die Worte der revolutionären internationalen Sozialdemokratie hören, weil diesmal der Hals von Auer der revolutionären Massen bedroht war von der Seite der Arbeiter. Auf ihrer Seite stünde. Mit der gleichen Gesinnung, die der Auer an die Durchhaltewilligen seine Parteigenossen ver-

riet, deren offizieller Führer, besser Verführer er war, und mit fast noch größerer Struppeligkeit verriet er sich vor und in der Revolution, die die Auer getrieben, wenn auch nicht ein eigenmächtiger Agent er während des ganzen Krieges gewesen war. In die am 3. Zusammenhang ist es für die Einsicht des „Realpolitikers“ Auer charakteristisch, daß er kurz vor Beginn des Krieges die Bemerkung Eisners, daß England auf Seite Frankreichs und Russlands stehen werde, laut lachend mit der Bemerkung quittierte: „Eisner, Sie sind ja verrückt!“ Wie die Vertreter des alten Systems, so hat auch Auer nichts gelernt und nichts vergessen, denn im Ruhrkrieg des Jahres 1923 zeigte Auer wiederum genau die gleiche persönlich so billige hurravegetarische Bereitwilligkeit zur Aufopferung — anderer.

Im Januar 1918 hat Auer mit allen Mitteln die Streikbewegung bekämpft, die den Zweck haben sollte, auf dem Wege einer Massenhebung Deutschland noch einen billigen Frieden zu verschaffen, ehe die unausweichliche Katastrophe herabbrach. Der „Realpolitiker“ Auer anerkente sich in jenen Tagen zu dem Führer des bayrischen Zentrums, Dr. Böhler: „Ich kämpfte gegen den Streik, wir verlieren ja dadurch den Krieg!“ Damit hat Auer als allererster das Elendwort für die Dolchstoßlegende ausgegeben (auch Professor Cohnmann kann ihm die Priorität nicht streitig machen). In dieser Streikbewegung vom Januar 1918 wurde dann deutlich sichtbar, daß Auer keine Autorität mehr bei den Massen besaß. Aus allen Arbeiterversammlungen lag er mit Schimpf und Schande hinaus. Die staatlichen Behörden wählten schließlich eingreifen (worauf Auer den Tipp gab), um durch Verhaftung der Streikführer die Bewegung nochmals zu unterdrücken und vor allem Auer wieder in den Sattel zu setzen, wo er als ihr Agent „unabhängig“ war.

Die Methoden Auers genügten nicht mehr, um die Massen zu gewinnen. Er war bereits damals ohne die Macht der herrschenden Gewalten vollkommen erledigt. Nur das gewalttätige Eingreifen der Militärbehörden rettete seine Position.

Es ist erstaunlich, daß die Leiter des alten Staates diese vollständige Wehr der Arbeitermassen von Auer nicht erkannt haben, was den so vollkommen widerstandsfähigen Vertreter der Novemberrevolution in München erst erst allzu deutlich. Auer hatte dazu beigetragen, daß Eisner und seine Anhänger im Januar 1918 ins Gefängnis kamen. Er machte dabei eine Revolution für sich, an deren Spitze die gleichen Leute standen, die er gewöhnlich als verrückt bezeichnet, wo es sein Vorteil gab. Der Führer Böhler berichtet, wie Auer durch einen „ange-

sehenen Mittelsmann“ den König schon im Herbst zu bestimmen ersuchte, eine „in Bayern populäre Persönlichkeit“ (er meinte sich selbst) mit der Bildung einer bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsregierung zu betrauen. Am 7. November hat sich Auer einer auch gegen ihn und seine Clique unter nommenen Revolution gegenüber („Ohne unser Zutun“ hieß es am 8. November in der Münchener Post, die damit verriet, daß Auer immer noch oder schon wieder zu neuem Verrat bereit war). In diesem 7. November erklärte Auer den Regierungsbehörden großspurig, heute werde er seinen Gegner Eisner „tötmachen“. In der Tat hatte er für die große Demonstration auf der Theresienwiese auch 3000 Ordnungsmänner der sozialdemokratischen Partei bereitstellen lassen, zu dem Zwecke, die Revolution aufzuhalten, die dem Kriegsgewinnler und königlichen Ministerpräsidenten Auer genau so gefährlich schien, wie der Monarchie. Der Plan mißglückte, weil die eigenen Leute Auer im Stich ließen. Dann sollten die Machtmittel des Militärs an die Stelle der 3000 sozialdemokratischen Ordnungsmänner treten. In der gleichen Nacht, berichtet Döberl auf Grund der Akten, fragte Auer den Minister des Innern, der praktisch abgelegt war, ob die Regierung noch 500 Mann zur Verfügung stellen könne, um die Revolution des verhassten Gegners Eisner niederkämpfen zu lassen. Das geschah zu einer Zeit, als die Revolution durch den Übergang der Soldaten zu den Revolutionären bereits gesiegt hatte! Am folgenden Vormittag, den 8. November, erschien Auer nochmals beim königlichen Minister des Innern um nunmehr zu erklären, daß Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung im Gange seien, daß es daher zu gewalttätigen Niederwerfung der Revolution zu spät sei, mit anderen Worten, daß er den Dolchstoß im Augenblick nicht mehr gegen die Revolution, sondern nun gegen den alten König richten werde. In der Nacht vom 7. auf 8. November sollte Auer dem königlichen Minister noch erklären, daß für den Fall des Fehlens der 500 Mann die sozialdemokratische Partei selbst Mittel und Wege suchen müsse, um die „Ordnung“ wieder herzustellen. Nach seiner eigenen, sonst nicht bestätigten Mitteilung in der „Münchener Post“ hat Auer eine Gruppe von mehreren hundert Leuten, die er nach der Demonstration auf dem Theresienwiese im Anhören eines Redners antraf, zum Auseinandergehen gebracht, den Redner selbst bestimmt, „aufreizende Reden“ zu unterlassen. Er hat damit den Angriffen des „Bayrischen Kuriers“ gegenüber beweisen wollen, daß er jedenfalls kein Wort gehalten habe, die Revolution zu unterdrücken.